



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

3. Ratssitzung vom 27. Mai 2026

129. 2025/426

Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 17.09.2025:

Auflösung der offenen Drogenszenen rund um die Bäckeranlage und beim Hauptbahnhof mit ständigen Personenkontrollen und Wegweisungen von Freebase- und Crack-Konsumierenden

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Michele Romagnolo (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5124/2025): Wir haben den Stadtrat bereits mit mehreren Vorstössen auf die Problematik rund um die Bäckeranlage aufmerksam gemacht. Trotz wiederholter Hinweise aus der Bevölkerung und Politik hat sich die Situation nicht verbessert; im Gegenteil, sie hat sich in den letzten Jahren verschärft. Besonders bedenklich ist, dass die offene Drogenszene mittlerweile nicht mehr auf einzelne Brennpunkte beschränkt ist. Die Probleme haben sich zunehmend in angrenzende Quartiere ausgebreitet. Anwohnerinnen und Anwohner klagen vermehrt über Belästigungen, Vermüllung, offenen Drogenkonsum sowie ein sinkendes Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum. Was früher auf wenige Orte konzentriert war, beeinträchtigt nun die Lebensqualität in weiteren Quartieren erheblich. Mit konsequenten Personenkontrollen und Wegweisungen von Drogenkonsumenten, die keinen Wohnsitz in der Stadt Zürich haben, könnten die offenen Szenen rund um die Bäckeranlage und am Hauptbahnhof in kürzester Zeit spürbar reduziert oder sogar aufgelöst werden. Statt solche Massnahmen ernsthaft zu prüfen, scheint der Stadtrat die Bevölkerung jedoch zunehmend an die unhaltbaren Zustände gewöhnen zu wollen. Besonders stossend ist die Eröffnung einer neuen Anlauf- und Triage-Stelle an der Bederstrasse 130. Dort treffen sich Konsumenten zum Aufenthalt, Kaffeetrinken, Plaudern, Tanzen und für weitere Betreuungsangebote. Was offiziell als Sozialunterstützung und Begleitmassnahme verkauft wird, empfinden viele Anwohnerinnen und Anwohner als weiteren Anziehungspunkt für die Drogenszene. Statt das Problem an der Wurzel zu packen, wird es verwaltet und institutionalisiert. Was die Anwohnerschaft davon hält, scheint den Stadtrat wenig zu interessieren. Abends schliesst die Einrichtung ihre Türen. Die Konsumierenden verschwinden aber nicht, sondern verbleiben in den umliegenden Quartieren oder gegenüberliegenden Waldgebieten. Dort wird weiter konsumiert und verweilt, was zu einer zusätzlichen Belastung für die Bevölkerung führt. Zahlreiche Passantinnen und Passanten berichten, dass sie sich besonders in den Abendstunden nicht mehr sicher fühlen



und gewisse Wege oder öffentliche Plätze meiden. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass das Problem durch Verlagerung nicht gelöst, sondern lediglich räumlich verschoben wird. Daher braucht es ein Umdenken in der bisherigen Strategie und die Prüfung konsequenterer Massnahmen, um die offene Drogenszene rund um die Bäckeranlage und am Hauptbahnhof einzudämmen, ihre Ausbreitung in weitere Quartiere zu verhindern sowie die Sicherheit und Lebensqualität der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Ich habe mich bereits im Januar 2026 zu einem ähnlichen Postulat der SVP geäussert. Die Stadtpolizei Zürich überwacht und analysiert die Lage in und um die Bäckeranlage sowie in der Umgebung der Langstrasse seit längerem und hat ihre Präsenz und Kontrolle vor einem Monat erhöht. Dies betrifft auch die Wegweisungspraxis, die im Postulat im Vordergrund steht. Ich betone erneut, dass die unbestrittenen Herausforderungen in der Bäckeranlage nicht nur polizeilicher Natur sind und daher nicht allein durch die Polizei bewältigt werden können. Gemeinsam mit dem Sozialdepartement erarbeiten und setzen wir fortlaufend geeignete Massnahmen um. Drogenkonsumierende werden aktiv den bestehenden Anlauf- und Betreuungsstellen zugewiesen, um ihnen professionelle Unterstützung zukommen zu lassen. Die Stadtpolizei hat ihre Präsenz und Kontrolltätigkeit im letzten Sommer verstärkt und den Druck auf die Szene erhöht. Das hat Wirkung gezeigt und wird auch in diesem Sommer wieder notwendig sein. Wir sind bemüht zu verhindern, dass sich die Szene festsetzt und vergrössert; sie soll gezwungen werden, den Konsum in der Öffentlichkeit weniger sichtbar zu machen. Wie Sie wissen, wurde Anfang Oktober 2025 mit dem Raum für Konsum und Triage an der Bederstrasse eine neue Möglichkeit für betäubungsmittelsüchtige Personen geschaffen, die nicht aus der Stadt Zürich stammen. Dort können Betäubungsmittel konsumiert werden, vor allem aber finden Triage, Vernetzung mit den Heimatgemeinden, Hilfsangebote und Gesundheitsversorgung statt. Dies hat zu einer gewissen Entlastung beigetragen und auch die Situation für die Betroffenen verbessert. Die Stadtpolizei Zürich wird weiterhin mit Präsenz an ihrem bisherigen Vorgehen festhalten und gegen Konsum, Handel sowie Szenenbildung im öffentlichen Raum vorgehen. Durch zielführende und zwingend notwendige Absprachen mit Partnerorganisationen wie der SIP Zürich werden die weiteren Säulen des Vier-Säulen-Modells verknüpft. Durch ein stetiges Monitoring der Lage wird umgehend reagiert und die bereits ergriffenen Massnahmen werden fortlaufend überprüft, angepasst oder ergänzt. Wir betrachten das Postulat als überholt, unnötig und einseitig.*

Weitere Wortmeldungen:

Nicolas Cavalli (GLP): *Bei der Vorbereitung meines Votums ist mir aufgefallen, dass zwischen der Einreichung des Postulats vom Januar 2026, auf das sich STR Karin Rykart bezog, und des aktuellen Vorstosses nur drei Wochen lagen. Da habe ich mich gefragt, ob die SVP von einem spontanen Vergesslichkeitsanfall heimgesucht wurde. Wir wiederholen heute im Grunde die Debatte vom Januar 2026. Die Haltung der GLP hat sich nicht geändert: Es gibt das Problem, die Stadt erkennt es an. Wir haben auch die Vier-Säulen-Politik, die vom SVP-Sprecher kritisiert wurde. Weltweit wird diese Politik,*



bestehend aus Prävention, Therapie, Schadenminderung und Repression, sehr gelobt. In diesen beiden Vorstössen fordern Sie jedoch nur Repression. Ich verweise darauf, dass Sie im Jahr 2023 mit dem Vorstoss GR Nr. 2023/168 ein Postulat eingereicht haben, das überwiesen wurde und sich genau auf diese Vier-Säulen-Politik abstützt. Das ist der richtige Weg, das ist der Stadt bekannt. Nun im Dreiwochentakt neue Postulate zum selben Thema einzureichen, bringt nichts. Deshalb lehnen wir das Postulat wie im Januar ab.

Fanny de Weck (SP): *Zu diesem Postulat gibt es nicht viel zu sagen. Die Stadt Zürich verfolgt eine Drogenpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Allgemeinheit und an den von Sucht betroffenen Menschen orientiert. Die Vier-Säulen-Politik ist breit abgestützt. Sie muss sich zwar immer wieder neuen Herausforderungen anpassen, doch im Grossen und Ganzen ist der Ansatz des ganzheitlichen Vorgehens erfolgreich. Das weiss eigentlich auch die SVP. Das vorliegende Postulat ist im Bereich Repression zu verorten, geht aber noch darüber hinaus. Ich würde es als eine eigene eine Art «SVP-Säule» bezeichnen, die lautet: «Weg mit den Menschen». Diesen Ansatz verfolgt die SVP nicht nur in der Drogenpolitik, sondern auch im Strafrecht und im Ausländerbereich. Obwohl wissenschaftlich belegt ist, dass Menschen einfach wegzusperren oder wegzuweisen weder der allgemeinen Sicherheit noch den Betroffenen dient – und damit auch nicht der Allgemeinheit. Schauen Sie nach Amerika, wo der Ansatz im Strafrecht und in der Drogenpolitik viel repressiver ist. Dort ist die Kriminalität viel höher und die Drogenproblematik virulenter. Was heisst das für uns? Wir müssen in der Drogenpolitik dranbleiben, neuartige Drogen und Szenen mit neuen Ansätzen angehen. Das beinhaltet unter Umständen auch Repression und Regulierung, wie von der Stadt vorgesehen, sowie die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen und Gemeinden, die ihre Verantwortung übernehmen müssen. Ihr Vorschlag ist völlig einseitig, unverhältnismässig und nicht seriös. Wir lehnen ihn ab.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Ich kann meiner Vorrednerin zustimmen. Auch die Die Mitte wird den Vorstoss ablehnen. Er zielt zu stark darauf ab, Personen zu kontrollieren und aus der Stadt Zürich wegzuweisen, ohne ein Konzept dafür zu haben, was dann genau passiert. Es ist absehbar, dass diese Personen am nächsten Tag wieder dastehen. Solange es hier Drogen gibt, kommen sie zurück, egal welche Konsequenzen sie befürchten müssen; der Druck ist schlicht zu gross. Wir begrüssen den Triage-Raum, der auch für Auswärtige offen ist. Wie bereits gesagt, muss man unbedingt mit den umliegenden Gemeinden in Diskussion treten. Mir ist bekannt, dass STR Raphael Golta das in der Sozialvorstandskonferenz bereits thematisiert hat, und ich gehe stark davon aus, dass seine Nachfolgerin im Departement dies ebenso handhaben wird. Ich glaube, es wäre viel lösungsorientierter, wenn die SVP mit Ihren Gemeindevertretern darauf hinarbeiten würde, dass die Gemeinden ausserhalb der Stadt Zürich auch Lösungen und Angebote für Drogenkonsumierende schaffen. Nur dann haben wir eine Chance, diese Personen sinnvoll zu unterstützen, wenn wir sie aus der Stadt Zürich herausweisen und ihren Heimatgemeinden zuführen. Dort sehen wir den Ansatz, nicht mit diesem Vorstoss.*



Moritz Bögli (AL): Aus verschiedenen Gründen handelt es sich um einen befremdlichen Vorstoss. Ich kann vielem meiner Vorredner*innen zustimmen. Karin Weyermann (Die Mitte) kann ich versichern: Es ist nicht nur absehbar, dass die Personen sofort zurückkommen, das ist schlicht die Realität. Die Stadt Bern hat dies in den 1990er-Jahren praktiziert; wenig überraschend waren die Betroffenen am nächsten Tag wieder im Zug nach Bern. Deshalb ist dies keine sinnvolle Lösung, sondern komplett kontraproduktiv und hilft den Betroffenen in keiner Weise. Interessant finde ich den Widerspruch zur vorherigen Debatte über Besetzungen: Dort verwies die SVP gerne auf die Einhaltung bundesrechtlicher Bestimmungen. Wo das Betäubungsmittelgesetz Artikel 1a sehr klar sagt, dass das geforderte Vorgehen nicht im Rahmen einer Vier-Säulen-Politik umsetzbar wäre, ist es der SVP plötzlich egal, weil die Repressionsfantasien wichtiger sind als die Gesetzgebung aus Bern. Für uns ist klar: Es müssen Massnahmen ergriffen werden, um suchtkranken Menschen in der Stadt Zürich zu helfen, egal ob sie hier ihren Wohnsitz haben oder nicht. Ich glaube, es wurden bereits wichtige Schritte gemacht. Der Triage-Raum ist ein wichtiger erster Schritt, ebenso wie die bestehenden Strukturen für Menschen mit Wohnsitz in der Stadt Zürich. Den Vorstoss lehnen wir klar ab.

Martin Busekros (Grüne): Während die vorherigen Vorstösse halb gar waren, ist dieser wirklich roh. Wenn sogar Michele Romagnolo (SVP), der das Postulat mit einreicht, in seiner Begründung sagt, das Problem sei durch Verlagerung nicht gelöst, gleichzeitig aber das Einzige, was das Postulat bietet, eine Verlagerung dieser Menschen ist, dann ist wirklich die Spitze des «SVP-Filibusterings» erreicht. Wenn man die Leute in ihre Gemeinden zurückfährt, haben sie dort keinen Zugang zu benötigten Mitteln. Dann kommen sie vielleicht ohne Billett zurück nach Zürich, erhalten eine Busse und werden ein paar Tage ins Gefängnis gesteckt, weil sie die Busse nicht zahlen können. Es ist ein Kreislauf unnötiger Repression, die die Leute durch Polizei und SIP in städtische Institutionen zwingen soll. Wozu? Und was ist, wenn die Leute nicht dort sein wollen? Wollt ihr alle einsperren, die euch nicht ins Bild passen? Es ist wirklich verwerflich, was Sie immer wieder aufbringen. Ich bin wiederum froh, dass der Effekt davon ist, dass alle vernünftigen Parteien in diesem Parlament mantraartig wiederholen können, dass gewisse Positionen überparteilich abgestützt sind. Das Vier-Säulen-Modell ist ein absolutes Erfolgsmodell dieser Stadt, wenn nicht gar die grösste Erfindung, die sich jemals von Zürich aus in die Welt verbreitet hat. Dass Sie das nach so vielen Jahren nicht anerkennen, ist tragisch.

Jane Bailey (SVP): Das Vier-Säulen-Prinzip wurde mehrfach als erfolgreiches Modell angepriesen. Die vier Säulen waren ursprünglich gedacht, um die offenen Heroinszenen der 1980er- und 1990er-Jahre einzudämmen. Für wen findet man damit aktuell Lösungen? Für die Anwohner rund um die Bäckeranlage, für Familien, Frauen, das Gewerbe? Oder vielleicht für Kinder, die an aggressiven Drogensüchtigen vorbeimüssen? Wenn öffentliche Plätze vom Drogenkonsum dominiert werden, ist das Konzept nicht erfolgreich.

Das Postulat wird mit 32 gegen 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat